

Beamtenrecht in der Praxis

Schnellenbach / Bodanowitz

10., neubearbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-73677-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 40


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beamtenrecht in der Praxis

von

Prof. Dr. Helmut Schnellenbach

Präsident des
Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen a. D.

und

Dr. Jan Bodanowitz

Präsident des
Verwaltungsgerichts Potsdam

10., neubearbeitete Auflage 2020

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitierweise: Schnellenbach/Bodanowitz BeamtenR § ... Rn. ...


DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 73677 3

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 10. Auflage

Die Voraufgabe liegt etwa drei Jahre zurück. In der Zwischenzeit hat sich das Recht des öffentlichen Dienstes, vornehmlich das Beamtenrecht, zum einen durch oder anhand gesetzgeberischer Initiativen, zum anderen unabhängig von legislativen Reformansätzen auch in der einschlägigen praxisbezogenen Judikatur und Literatur nicht unbeträchtlich weiterentwickelt. Die vorliegende Auflage ist dazu bestimmt, den dadurch ausgelösten Aktualitätsbedarf der mit Beamten- und Personalvertretungsrecht befassten Anwälte und Rechtsberater und der von diesen betreuten Rechtsuchenden zu erfüllen, ferner die Verwaltungen und die Verwaltungsgerichte bei der Rechtsanwendung – insbesondere, aber nicht nur in den potentiell kritischen, auch wegen der hohen verfassungs- und fachgerichtlichen Anforderungen besonders fehleranfälligen zahlreichen Konkurrenz- und Beurteilungssituationen – zuverlässig und möglichst umfassend zu unterstützen. Nur am Rande sei bemerkt, dass sich die Verfasser – wo es ihnen angezeigt erschien – nicht darauf beschränkt haben, Inhalte zu referieren, sondern, wenn auch zurückhaltend, durch eigene Wertungen zu ergänzen und zu kommentieren.

Aufmerksamkeit verdient die Änderung der Zuständigkeit unter den Bearbeitern bei den §§ 8 und 9 sowie bei § 12, die auch im Vorgriff auf eine Behandlung des gesamten Stoffes in künftigen Auflagen erfolgt ist.

Soweit die männliche Sprachform verwendet ist, soll dies der Verdichtung und Lesbarkeit des Textes dienen.

Für Hinweise und Vorschläge sind die Verfasser dankbar.

Die Manuskripte sind Mitte November 2019 abgeschlossen.

Gelsenkirchen/Potsdam, im Januar 2020

Helmut Schnellenbach

Jan Bodanowitz



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort zur 10. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
 § 1 Dienstrechtliche Gesetzgebungskompetenzen	 1
I. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	1
II. Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes	2
III. Übergangsbestimmungen	11
§ 2 Einfachgesetzliches Beamtenrecht	13
I. Neufassung des Bundesbeamtengesetzes	14
II. Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes	17
III. Novellierung des Versorgungsrechts des Bundes	19
IV. Laufbahnrecht in den Ländern	21
V. Besoldungsrecht in den Ländern	24
VI. Versorgungsrecht in den Ländern	25
VII. Das Beamtenstatusgesetz und die Landesbeamtengesetze	25
§ 3 Einstellung, Beförderung	33
I. Vorbemerkungen zur Ernennung	33
II. Vorbemerkungen zu den Arten der Beamtenverhältnisse	35
III. Vorbemerkungen zu den dienstrechtlichen Amtsbegriffen	37
IV. Einstellung	38
V. Beförderung	60
§ 4 Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung	89
I. Vorbemerkungen zu organisations- und haushaltsrechtlichen Aspekten	91
II. Vorbemerkungen zu den Rechtsgrundlagen nach der Föderalismusreform I	92
III. Versetzung	93
IV. Abordnung	112
V. Umsetzung	117
VI. Zuweisung	126
§ 5 Ruhestand	131
I. Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze	132
II. Vorzeitige antragsgemäße Versetzung in den Ruhestand ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit	140
III. Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand	142
IV. Zurruesetzung eines Beamten auf Lebenszeit wegen Dienstunfähigkeit	146
§ 6 Entlassung von Beamten auf Probe und auf Widerruf	163
I. Entlassung von Beamten auf Probe im Sinne des § 4 Abs. 3 lit. a BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 1 BBG durch Verwaltungsakt	165
II. Entlassung von Beamten auf Probe iSd § 4 Abs. 3 lit. b BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 2 BBG kraft Gesetzes und durch Verwaltungsakt	187
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	189
§ 7 Grundrechtsbeschränkungen	197
I. Verfassungsrechtlicher Ansatz	197
II. Beschränkungen in der Ausübung einzelner Grundrechte	199
§ 8 Nebentätigkeit	219
I. Vorbemerkungen zur Präzisierung des Begriffs „Hauptamt“ und zur Abgrenzung zwischen Hauptamt und Nebentätigkeit	220
II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst	223

III. Genehmigungsbedürftige Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	225
IV. Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	240
V. Zu den nebentätigkeitsrechtlichen Regelungen des § 91 Abs. 2, des § 92 Abs. 3 und des § 95 Abs. 3 BBG	246
VI. Zum Nebentätigkeitsrecht der Landesbeamten	247
VII. Prozessuale Fragen	252
§ 9 Schadensersatzhaftung des Beamten	257
I. Eigenschäden des Dienstherrn und Fremdschäden	257
II. Voraussetzungen der Haftung nach § 48 S. 1 BeamtStG und § 75 Abs. 1 S. 1 BBG	262
III. Haftungsbegrenzungen	273
IV. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	276
V. Beweislast	279
VI. Anspruchsübergang	280
§ 10 Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn	281
I. Verfassungsrechtliche Vorbemerkungen	281
II. § 45 BeamtStG und § 78 BBG als Auffangnormen, Ausdruck eines Rechtsprinzips und <i>leges generales</i>	283
III. Fürsorge- und Schutzpflicht im Verhältnis zu anderen Rechtsprinzipien	284
IV. Einzelpflichtgruppen	290
V. Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	314
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	318
§ 11 Dienstliche Beurteilung	321
I. Normative und administrative Grundlagen des Beurteilungswesens	322
II. Begriff der dienstlichen Beurteilung	323
III. Beurteilungsarten	325
IV. Beurteilungsverfahren	330
V. Beurteilungsinhalt	337
VI. Rechtsschutz	345
§ 12 Personalakten	361
I. Rechtsgrundlagen	362
II. Inhalt der Personalakte	363
III. Personelle und sachliche Folgerungen aus der Zweckbindung der Personalakten	373
IV. Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag	375
V. Einsichtnahme in die Personalakte	376
VI. Anhörung des Beamten	384
VII. (Gegen-)Äußerung des Beamten	385
VIII. Berichtigungsanspruch des Beamten	386
IX. Entfernungsanspruch des Beamten	387
X. Automatisierte Personalverwaltungssysteme	388
XI. Prozessuale Fragen	391
§ 13 Leistungsstufen, -prämien und -zulagen	393
I. Leistungsabhängiges Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen	394
II. Leistungsprämien und -zulagen	402
III. Prozessuale Fragen	407
§ 14 Dienstunfall	411
I. Dienstunfall im engeren Sinne	412
II. Berufskrankheit	430
III. Wegeunfall	433
IV. Weitere, dem Dienstunfall im engeren Sinne gleichgestellte Tatbestände	441
V. Erstattung von Sachschäden als Unfallfürsorgeleistung	445
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	448
§ 15 Rückforderung von Besoldung und Versorgung sowie sonstigen Leistungen des Dienstherrn	455
I. Rechtsgrundlose Leistungsgewährung	459
II. Wegfall der Bereicherung	467
III. Verschärfte Haftung	470

<i>Inhaltsübersicht</i>	XI
IV. Rückforderung des Bruttobetrag	478
V. Billigkeitsentscheidung	479
VI. Geltendmachung der Rückforderung	482
VII. Beweislast	485
Sachverzeichnis	487


 DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Dienstrechtliche Gesetzgebungskompetenzen	1
I. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	1
II. Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes	2
1. Zur Interpretation des Begriffs der Statusrechte und -pflichten	3
2. Zu den „Ausnahmen“ von der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes	5
a) Laufbahnen	5
b) Besoldung und Versorgung	6
III. Übergangsbestimmungen	11
§ 2 Einfachgesetzliches Beamtenrecht	13
I. Neufassung des Bundesbeamtengesetzes	14
1. Förderung des Leistungsprinzips	14
2. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	15
3. Stärkung der Mobilität	16
4. Maßnahmen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung	16
5. Stärkung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Versorgung“	16
II. Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes	17
1. Erfahrungszeiten statt Besoldungsdienstalter	17
2. Neugestaltung der Besoldungstabelle	18
3. Familienbezogene Besoldungsbestandteile	18
III. Novellierung des Versorgungsrechts des Bundes	19
1. Vorbemerkung	19
2. Wirkungsgleiche und systemgerechte Übertragung der Rentenreformen	19
3. Einführung einer Versorgungsauskunft	20
4. Nachvollzug der Besoldungsreform	20
IV. Laufbahnrecht in den Ländern	21
1. Baden-Württemberg (§§ 14–23 BW LBG)	21
2. Bayern, Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen	21
3. Berlin (§ 2, §§ 7 ff. BlnLbG), Sachsen (§§ 15–30 SächsBG)	22
4. Brandenburg (§§ 9–26 BbgLBG)	22
5. Bremen (§§ 13–26 BrBG), Hamburg (§§ 13–26 HmbBG), Mecklenburg-Vorpommern (§§ 12–26 MVBG), Niedersachsen (§§ 13–26 NBG) und Schleswig-Holstein (§§ 13–26 SH LBG)	22
6. Sachsen-Anhalt (§§ 13–28 BG LSA)	23
7. Die übrigen Länder, insbesondere Nordrhein-Westfalen	23
V. Besoldungsrecht in den Ländern	24
VI. Versorgungsrecht in den Ländern	25
VII. Das Beamtenstatusgesetz und die Landesbeamtengesetze	25
1. Beamtenverhältnis auf Zeit	26
2. Wegfall der Anstellung	26
3. Ernennungskriterien und Ausschreibungsmodalitäten	26
4. Probezeit	27
5. Nichtigkeit und Rücknahme der Ernennung	28
6. Abordnung, Versetzung und Umbildung von Körperschaften	29

7. Zuweisung	29
8. Beendigung des Beamtenverhältnisses	29
9. Nebentätigkeit	30
10. Teilzeit, Urlaub, Mutterschutz und Elternzeit	30
11. Personalakte	31
12. Partizipation	31
a) Personalvertretung	31
b) Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Berufsverbänden	32
c) Beteiligung der Spitzenorganisationen	32
§ 3 Einstellung, Beförderung	33
I. Vorbemerkungen zur Ernennung	33
II. Vorbemerkungen zu den Arten der Beamtenverhältnisse	35
III. Vorbemerkungen zu den dienstrechtlichen Amtsbegriffen	37
IV. Einstellung	38
1. Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Widerruf zum Zwecke der Ableistung eines Vorbereitungsdienstes	39
a) Nur laufbahnrechtlich relevanter Vorbereitungsdienst	40
b) Vorbereitungsdienst als Ausbildungsstätte	43
2. Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe	47
a) Probezeit zur späteren Verwendung auf Lebenszeit	47
b) Probezeit zur Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion	53
3. Prozessuale Fragen	55
a) Verwaltungsrechtsweg	55
b) Klageart und vorläufiger Rechtsschutz	56
c) Vorverfahren	58
d) Beweislast	59
V. Beförderung	60
1. Die der Bestenauslese vorgeschaltete organisations- und verwaltungspolitische Entscheidungsebene	61
2. Bestenauslese und sog Hilfskriterien	64
a) Zu den Mitteln der Bestenauslese	69
b) Zum Rechtsanspruch auf Beförderung	72
3. Die Auswahlentscheidung	73
4. Schadensersatz wegen unterbliebener oder verspäteter Beförderung	74
5. Prozessuale Fragen	77
a) Rechtsweg	77
b) Klageart und vorläufiger Rechtsschutz	77
c) Vorverfahren	86
d) Beweislast	87
§ 4 Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung	89
I. Vorbemerkungen zu organisations- und haushaltsrechtlichen Aspekten	91
II. Vorbemerkungen zu den Rechtsgrundlagen nach der Föderalismusreform I ..	92
III. Versetzung	93
1. Versetzung auf Antrag des Beamten	93
2. Versetzung aus dienstlichen Gründen	96
a) Ausübung des Ermessens	101
b) Anhörung des Beamten	103
c) Entbehrlichkeit einer Zustimmung des Beamten	104
3. Beteiligung der Personalvertretung	106
4. Einverständnis des aufnehmenden Dienstherrn	107
5. Prozessuale Fragen	108
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	108
b) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage	110

c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	110
d) Beweislast	111
IV. Abordnung	112
1. Abordnung innerhalb des Dienstbereichs des bisherigen Dienstherrn	112
2. Abordnung in den Dienstbereich eines anderen Dienstherrn	115
3. Prozessuale Fragen	116
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	116
b) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage	116
c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	117
d) Beweislast	117
V. Umsetzung	117
1. Voraussetzungen und Ermessensausübung	118
2. Prozessuale Fragen	121
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	121
b) Vorverfahren	124
c) Vorläufiger Rechtsschutz	124
VI. Zuweisung	126
1. Zuweisung mit Zustimmung des Beamten	126
2. Zuweisung ohne Zustimmung des Beamten	127
3. Amtsangemessenheit der Tätigkeit	128
4. Sonderregelungen	129
5. Rechtsschutz	129
§ 5 Ruhestand	131
I. Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze	132
1. Altersgrenzen	132
a) Regelaltersgrenze	133
b) Besondere Altersgrenzen	133
2. Erreichen der maßgeblichen Altersgrenze	134
3. Hinausschieben des Ruhestandes auf Antrag des Beamten	134
a) Antrag des Beamten	135
b) Dienstliches Interesse bzw. dienstliche Interessen (Belange)	135
4. Hinausschieben des Ruhestandes auf Initiative des Dienstherrn	137
5. Beginn des Ruhestandes	137
6. Prozessuale Fragen	138
a) Verwaltungsrechtsweg und Vorverfahren	138
b) Klagearten	138
c) Vorläufiger Rechtsschutz	138
d) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	139
e) Beweislast	140
II. Vorzeitige antragsgemäße Versetzung in den Ruhestand ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit	140
1. Antrag	141
2. Ermessensentscheidung	141
3. Versorgungsabschlag	142
4. Rechtsschutzfragen	142
III. Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand	142
1. Sog politische Beamte	142
a) Einstweiliger Ruhestand	143
b) Tatbestand	143
c) Ausübung des Ermessens	144
d) Zu Verfahren und Form	144
e) Rechtsschutzfragen	144
f) Zur erneuten Berufung	145
2. Organisatorische Veränderungen	145

IV. Zuruhesetzung eines Beamten auf Lebenszeit wegen Dienstunfähigkeit	146
1. Dienstunfähigkeit im Allgemeinen	147
2. Besondere Dienstunfähigkeit	149
3. Feststellung der Dienstunfähigkeit	150
4. Anderweitige Verwendung	152
5. Begrenzte Dienstfähigkeit	153
6. Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	155
a) Reaktivierung von Amts wegen	155
b) Reaktivierung auf Antrag	156
7. Zu Verfahren, Zuständigkeit und Form	157
a) Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	157
b) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit	158
c) Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	158
8. Rechtsschutzfragen	159
a) Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	159
b) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit	160
c) Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	160
d) Beweislast	161
§ 6 Entlassung von Beamten auf Probe und auf Widerruf	163
I. Entlassung von Beamten auf Probe im Sinne des § 4 Abs. 3 lit. a BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 1 BBG durch Verwaltungsakt	165
1. Entlassung wegen eines Dienstvergehens	166
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	166
b) Ermessensausübung	170
c) Terminliche Möglichkeiten der Entlassung	172
d) Entlassungsverfahren	172
2. Entlassung wegen fehlender Bewährung	175
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	175
b) Ermessensausübung	178
c) Entlassungsfristen	180
d) Entlassungsverfahren	180
3. Entlassung wegen Dienstunfähigkeit	181
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	181
b) Ermessensausübung	183
c) Entlassungsfristen und Entlassungsverfahren	184
4. Prozessuale Fragen	184
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	184
b) Aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs und einer Anfechtungsklage	185
c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	186
II. Entlassung von Beamten auf Probe iSd § 4 Abs. 3 lit. b BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 2 BBG kraft Gesetzes und durch Verwaltungsakt	187
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	189
1. Entlassung kraft Gesetzes	189
2. Entlassung durch Verwaltungsakt (Widerruf)	191
a) Widerruf bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vor Ablegung der Prüfung	192
b) Widerruf bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der Länder nach Ablegung der Prüfung	195
c) Widerruf bei Beamten auf Widerruf, die gemäß § 4 Abs. 4 lit. b BeamStG bzw. § 6 Abs. 4 Nr. 2 BBG zur vorübergehenden Wahrnehmung von Aufgaben nach § 3 Abs. 2 BeamStG bzw. § 5 BBG verwendet werden	195
3. Prozessuale Fragen	196
§ 7 Grundrechtsbeschränkungen	197
I. Verfassungsrechtlicher Ansatz	197
II. Beschränkungen in der Ausübung einzelner Grundrechte	199
1. Freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)	199

2. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG)	204
3. Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG)	205
4. Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG)	207
5. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	211
6. Koalitionsrecht (Art. 9 Abs. 3 GG)	212
7. Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG)	214
8. Freizügigkeit (Art. 11 GG)	214
9. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	216
§ 8 Nebentätigkeit	219
I. Vorbemerkungen zur Präzisierung des Begriffs „Hauptamt“ und zur Abgrenzung zwischen Hauptamt und Nebentätigkeit	220
II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst	223
1. Zum Begriff und zur Rechtsform des Verlangens	224
2. Übermäßige Beanspruchung	224
3. Auswählerwägungen bei der Übertragung einer Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	225
III. Genehmigungsbedürftige Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	225
1. Allgemeines zur Beschränkung von Nebentätigkeiten	226
2. Genehmigung und Genehmigungsversagung	228
a) Übermäßige Inanspruchnahme der Arbeitskraft des Beamten	230
b) Widerstreit mit dienstlichen Pflichten	231
c) Kollisionen mit der Behördenzuständigkeit und dem Gebot unparteiischer und unbefangener Amtsführung	232
d) Wesentliche Einschränkungen der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit	234
e) Beeinträchtigung des Ansehens der öffentlichen Verwaltung	235
f) Ausübung eines Zweitberufs (§ 99 Abs. 2 S. 3 BBG)	236
g) Überschreitung einer Vergütungsgrenze (§ 99 Abs. 3 S. 3 BBG)	237
3. Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und Material des Dienstherrn	238
4. Nebenbestimmungen zur Genehmigung	239
5. Nachweis- und Anzeigepflicht	239
IV. Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	240
1. Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Beamten unterliegenden Vermögens (§ 100 Abs. 1 Nr. 1 BBG)	241
2. Schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit des Beamten (§ 100 Abs. 1 Nr. 2 BBG)	241
3. Gutachtertätigkeit (§ 100 Abs. 1 Nr. 3 BBG)	243
4. Wahrung von Berufsinteressen (§ 100 Abs. 1 Nr. 4 BBG)	243
5. Anzeige- und Auskunftspflicht, Untersagung der Nebentätigkeit	244
V. Zu den nebentätigkeitsrechtlichen Regelungen des § 91 Abs. 2, des § 92 Abs. 3 und des § 95 Abs. 3 BBG	246
1. Verpflichtung zur Beschränkung von Nebentätigkeit bei voraussetzungsloser Antragsteilzeit	246
2. Nebentätigkeiten bei familienbezogener (familienbedingter) Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung	246
3. Nebentätigkeiten bei arbeitsmarktbezogener Beurlaubung	247
VI. Zum Nebentätigkeitsrecht der Landesbeamten	247
VII. Prozessuale Fragen	252
1. Verwaltungsrechtsweg, Klagearten und Klagebefugnis bei Klagen des Beamten	252
2. Zur Frage einer Klagebefugnis Dritter	254
3. Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Anfechtungsklage des Beamten	254
4. Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	255
5. Beweislast	255

§ 9 Schadensersatzhaftung des Beamten	257
I. Eigenschäden des Dienstherrn und Fremdschäden	257
1. Eigenschäden des Dienstherrn	257
2. Fremdschäden	257
a) Unfallfürsorgeleistungen als mittelbarer Schaden des Dienstherrn	257
b) Schadensersatzpflicht des Dienstherrn gegenüber einem anderen Beamten	258
c) Schadensersatzpflicht des Dienstherrn gegenüber einem außenstehenden Dritten im nichthoheitlichen Bereich	259
d) Amtshaftung	259
e) Gefährdungshaftung des Dienstherrn nach den §§ 7 ff. StVG	260
II. Voraussetzungen der Haftung nach § 48 S. 1 BeamtStG und § 75 Abs. 1 S. 1 BBG	262
1. Persönlicher Geltungsbereich	262
2. Dienstpflichtverletzung	262
a) Allgemeine Dienstpflichten	263
b) Besondere Dienstpflichten	265
c) Zur Abgrenzung von Dienst- und drittgerichteten Amtspflichten	265
3. Verschulden	266
a) Vorsatz	266
b) Grobe Fahrlässigkeit	266
4. Kausalität	268
5. Schaden	269
6. Gesamtschuldnerische Haftung	271
a) Mitverschulden des Dienstherrn	271
b) Fürsorgepflicht des Dienstherrn	272
III. Haftungsbegrenzungen	273
1. Haftung und Fürsorgepflicht	273
2. Verjährung	273
IV. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	276
1. Zivilgerichtliche Leistungsklage	277
2. Leistungsbescheid	277
3. Verwaltungsgerichtliche Leistungsklage	278
4. Aufrechnung	278
V. Beweislast	279
VI. Anspruchsübergang	280
§ 10 Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn	281
I. Verfassungsrechtliche Vorbemerkungen	281
II. § 45 BeamtStG und § 78 BBG als Auffangnormen, Ausdruck eines Rechtsprinzips und <i>leges generales</i>	283
III. Fürsorge- und Schutzpflicht im Verhältnis zu anderen Rechtsprinzipien	284
1. Alimentationspflicht des Dienstherrn, Gesetzesbindung von Besoldung und Versorgung und Maßgeblichkeit des statusrechtlichen Amtes	284
2. Schutz von Ehe und Familie	287
3. Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot	289
IV. Einzelpflichtgruppen	290
1. Anhörungs- und Beratungspflichten	291
2. Förderungspflichten	295
a) Dienstliche Beurteilung	295
b) Dienstliche Verwendung	296
c) Fortbildung	296
d) Bestenauslese	297
e) Dienstpostenbewertung	298

3. Schadensabwendungspflichten	299
a) Gesundheit	299
b) Ehre	303
c) Willensfreiheit	305
d) Eigentum	306
4. Beistandspflichten bei dienstlich bedingten und außerdienstlichen Sonderbelastungen	308
a) Reise- und Umzugskostenvergütungen, Ballungsraumzulage	308
b) Rechtsverteidigungskosten	309
c) Aufwendungen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen	311
d) Vorschüsse	313
V. Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	314
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	318
1. Antragstellung („Konkretisierung“ des Begehrens)	318
2. Verwaltungsrechtsweg	318
3. Klageart	319
4. Vorverfahren	319
5. Beweislast	320
§ 11 Dienstliche Beurteilung	321
I. Normative und administrative Grundlagen des Beurteilungswesens	322
II. Begriff der dienstlichen Beurteilung	323
1. Vorbereitende Stellungnahmen und Beurteilungsentwürfe	323
2. Besetzungsberichte und -statements	324
3. Einzelleistungsbewertungen	324
III. Beurteilungsarten	325
1. Regel- und Bedarfsbeurteilung	325
2. Leistungs- Befähigungs- und Eignungsbeurteilung	328
3. Strengegebundene, teilgebundene und freie Beurteilung	330
IV. Beurteilungsverfahren	330
1. Zuständigkeit	330
2. Erkenntnisquellen	333
3. Anhörung des Beamten	334
4. Beurteilungsgespräch	335
5. Bekanntgabe (Eröffnung) der Beurteilung	335
6. Besprechung der Beurteilung	336
7. Beurteilungsspiegel	336
8. Aufnahme der Beurteilung in die Personalakte	337
V. Beurteilungsinhalt	337
1. Beurteilungszeitraum und Aufgabenbereiche	338
2. Einzelmerkmale	340
3. Bewertungsskalen	341
a) Zum Zusammenhang zwischen Einzelbewertungen und Gesamturteilen ..	342
b) Zur Festlegung von Richtwerten für das anteilige Verhältnis der Gesamturteilsstufen bei Regelbeurteilungen	343
4. Verwendungsvorschlag	344
VI. Rechtsschutz	345
1. Widerspruchsverfahren	345
2. Klageverfahren	347
a) Verwaltungsrechtsweg und örtliche Zuständigkeit	347
b) Klageart	349
c) Klagefrist	350
d) Rechtsschutzinteresse	350
e) Begründetheit der Beurteilungsklage	352

§ 12 Personalakten	361
I. Rechtsgrundlagen	362
II. Inhalt der Personalakte	363
1. Allgemeines zur Abgrenzung von Personal- und Sachakte	365
2. Besetzungsberichte und -statements	366
3. Beschwerdevorgänge	367
4. Vorgänge, die grundsätzlich nicht aufnahmefähig sind	368
5. Materielles und formelles Prinzip	369
6. Vollständigkeits- und Richtigkeitsprinzip, Resozialisierungsgedanke	371
III. Personelle und sachliche Folgen aus der Zweckbindung der Personalakten	373
IV. Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag	375
V. Einsichtnahme in die Personalakte	376
1. Einsichtsrecht des Beamten	376
2. Einsichtnahme durch Dritte	381
VI. Anhörung des Beamten	384
VII. (Gegen-)Äußerung des Beamten	385
VIII. Berichtigungsanspruch des Beamten	386
IX. Entfernungsanspruch des Beamten	387
1. Spezialgesetzliche Regelungen	387
2. Entfernung von Vorgängen nach § 112 BBG	388
X. Automatisierte Personalverwaltungssysteme	388
1. Verarbeitung und Nutzung von Personalaktendaten in Dateien	389
2. Mitteilungspflichten des Dienstherrn	390
XI. Prozessuale Fragen	391
1. Verwaltungsrechtsweg und Klageart	391
2. Vorläufiger Rechtsschutz	392
§ 13 Leistungsstufen, -prämien und -zulagen	393
I. Leistungsabhängiges Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen	394
1. Die gesetzliche Regelung	394
a) Leistungsstufe	394
b) Hemmung des Aufstiegs in den Steigerungsstufen	395
c) Zuständigkeit und Verfahren	397
2. Die (ergänzenden) Regelungen der Bundesleistungsbesoldungsverordnung	399
a) Geltungsbereich	399
b) Leistungsstufe	399
c) Entscheidungsberechtigte und Verfahren	400
II. Leistungsprämien und -zulagen	402
1. Die gesetzliche Ermächtigung	402
2. Die (ergänzenden) Regelungen der Bundesleistungsbesoldungsverordnung	403
a) Geltungsbereich	403
b) Allgemeines	404
c) Leistungsprämie	405
d) Leistungszulage	406
e) Entscheidungsberechtigte und Verfahren	407
III. Prozessuale Fragen	407
1. Verwaltungsrechtsweg und Klageart	407
a) Klage auf Festsetzung einer Leistungsstufe	407
b) Klage gegen eine Entscheidung, die die Hemmung des Aufstiegs in den Steigerungsstufen anordnet	408

c) Klage bei umstrittener nachträglicher Leistungssteigerung	408
d) Klage auf Vergabe einer Leistungsprämie oder -zulage	409
2. Vorläufiger Rechtsschutz	409
§ 14 Dienstunfall	411
I. Dienstunfall im engeren Sinne	412
1. Äußere Einwirkung	412
2. Merkmale der Abgrenzung des Unfalles von schädlichen Dauereinwirkungen	414
3. Körperschaden	415
4. Zusammentreffen einer äußeren Einwirkung mit einer Anlage	416
5. Dienstbezogenheit des Unfalles	418
a) Unfälle im Dienstgebäude während der Dienststunden	420
b) Unfälle außerhalb des Dienstgebäudes während der Dienststunden	422
c) Unfälle im Dienstgebäude außerhalb der Dienststunden	422
d) Unfälle bei Dienstreisen	423
e) Unfälle bei der Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen	425
f) Unfälle bei Nebentätigkeiten	427
g) Unfälle von Beamten, die sich selbst „in den Dienst versetzen“	428
h) Unfälle in der Privatwohnung des Beamten bei Verrichtung von Dienstgeschäften	429
II. Berufskrankheit	430
III. Wegeunfall	433
1. Beginn und Ende des Weges	434
2. Innerer Zusammenhang zwischen Weg und Dienst	435
a) Funktioneller Aspekt	436
b) Zeitlicher Aspekt	437
c) Unterbrechungen des funktionellen oder zeitlichen Zusammenhanges	437
d) Kraft Gesetzes unfallgeschützte Umwege	439
IV. Weitere, dem Dienstunfall im engeren Sinne gleichgestellte Tatbestände	441
1. Unfall bei der Familienheimfahrt	441
2. Heilverfahrensunfall	442
3. Angriffstatbestände	443
4. Beurlaubtenunfall	444
V. Erstattung von Sachschäden als Unfallfürsorgeleistung	445
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	448
1. Meldung und Untersuchungsverfahren	448
2. Verwaltungsrechtsschutz	451
a) Klageart und Zuständigkeit	451
b) Kontrollrichte der gerichtlichen Prüfung beim Beurlaubtenunfall	451
c) Beweislast	452
§ 15 Rückforderung von Besoldung und Versorgung sowie sonstigen Leistungen des Dienstherrn	455
I. Rechtsgrundlose Leistungsgewährung	459
1. Verwaltungsakt als Rechtsgrund	460
2. Nichtigkeit des Verwaltungsakts	461
3. Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	461
4. Erledigter Verwaltungsakt	464
5. Feststellung des Verlustes der Bezüge	464
6. Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Klage bei Entlassung	464
7. Aufgrund einstweiliger Anordnung bei einer Zurruhesetzung wegen Dienstunfähigkeit gewährte (Differenz-)Bezüge	465
8. Aufgrund einstweiliger Anordnung gewährte Geldleistungen	466

II. Wegfall der Bereicherung	467
1. Verfahrensrechtliche Fragen	467
2. Unterstellter Bereicherungswegfall	468
3. Im Einzelfall festgestellter Bereicherungswegfall	468
III. Verschärfte Haftung	470
1. Rechtshängigkeitshaftung	470
2. Haftung bei Kenntnis oder Offensichtlichkeit des Mangels	470
3. Haftung bei ungewissem Erfolgseintritt oder möglichem Rechtsgrundwegfall ..	475
a) Abschlagszahlungen	475
b) Vorbehaltszahlungen	475
c) Weitere Fälle	477
4. Verstoß der Rückforderung gegen Treu und Glauben	478
IV. Rückforderung des Bruttobetrages	478
V. Billigkeitsentscheidung	479
VI. Geltendmachung der Rückforderung	482
1. Leistungsbescheid	482
2. Leistungsklage	484
3. Aufrechnung	484
VII. Beweislast	485
Sachverzeichnis	487